

Reisebericht zur Einzeldienstreise nach Sofia und Bukarest von Beate Walter-Rosenheimer MdB vom 17.- 22. Juli 2022

Entsprechend meiner Berichterstattertätigkeit im **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** war das Ziel meiner fünftägigen Reise, mir einen aktuellen Kenntnisstand über die **Umsetzung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie der Angehörigen der Rom*nja in Bulgarien und Rumänien** zu verschaffen. Dazu suchte ich den Austausch mit ausgewählten Nichtregierungsorganisationen und politischen Entscheidungsträger*innen. Auf der Reise wurde ich von meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter, Marco Schendel, begleitet.

Montag, 18. Juli

Nach der Anreise nach Sofia startete das Programm mit einem Briefing durch den **deutschen Botschafter in Bulgarien Christoph Eichhorn** und seinen Mitarbeitern. Mein Besuch bei unserem europäischen Partnerland fand in einer politisch volatilen Lage statt. Die Regierung wurde am 22. Juni durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum gestürzt. Sie hatte sich erst im Dezember letzten Jahres im dritten Anlauf formiert. Es ist unklar, wie die Regierungskrise bewältigt werden wird. In zahlreichen Gesprächen wurde deutlich, wie stark sich die Krise auf die Arbeitstätigkeit von Behörden, Parlament und zivilgesellschaftliche Organisationen auswirkt. So verharren etwa die Weiterentwicklung des Gesetzes zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Anträge von NGOs auf finanzielle Förderung.



Im Gespräch mit der **Ombudsfrau Diana Kovacheva**, deren Stelle als Nationale Menschenrechtsinstitution Bulgariens (mit A-Akkreditierung) fungiert, stand unter anderem das Thema Gewalt gegen Frauen im Fokus. Frau Kovacheva setzt sich für stärkere Schutzbestimmungen und eine Verbesserung der Datenlage ein. So ist es rechtlich bislang notwendig, dass ein Opfer dreimalig bei der Polizei vorstellig wird, bevor Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die Zahlen zu Opfern erhält die Ombudsfrau meist nur aus den Medien oder von NGOs. Bei Interventionen der Ombudsfrau macht die Regierung finanzielle Gründe für die ausbleibenden Maßnahmen geltend. Bislang hat Bulgarien die Istanbul-Konvention nicht ratifiziert.

Danach besuchte ich die 75. Schule „Todor Kableshkov“ im **Sofioter Stadtteil Fakulteta**, in dem etwa 30 000 Rom*nja leben, wie uns vor Ort angegeben wurde. Als Ansprechpartner stand Atanas



Anatanasov von der Selbstorganisation **Amalipe** zur Verfügung, die landesweit mit etwa 300 Schulen kooperiert. In der Ganztagschule, die ausschließlich von Rom*nja-Kindern besucht wird, werden Mentor*innen eingesetzt, die zwischen Schule und Rom*nja-Community vermitteln, um die Unterrichtspräsenz der Schüler*innen sicherzustellen. Denn nach den Schulschließungen aufgrund der Corona-Pandemie kehrten viele Kinder nicht mehr zurück in die Schule. Weitere Herausforderungen für den Schulalltag sind laut der Leiterin Lava Kotseva Analphabetismus sowie finanzielle Probleme und Konflikte innerhalb der Familien der Schüler*innen. Für die Bildung von Mädchen sind früh geschlossene Ehen ein Hindernis.

Beim anschließenden Arbeitsessen im Restaurant „33 Astronauts“ mit den **Grünen Abgeordneten Vladislav Panev und Dobromira Kostova** wurde die Diskussion über die derzeitigen politischen Entwicklungen vertieft. In Bulgarien gibt es keine eigenständige Grüne Partei. Die Grüne Bewegung (ZD) tritt in einem Parteibündnis Demokratisches Bulgarien (DB) an. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2021 erreichte die DB 6,4% und errang damit 16 von 240 Sitzen, zwei davon gingen an die Grünen. Die DB war in der Vier-Parteien-Koalition unter Kiril Petkow an der Regierung beteiligt. Sie stellte den Umweltminister und die Justizministerin.



Es folgten den Nachmittag über Besuche bei drei wichtigen Menschenrechtsorganisationen. Das **Bulgarian Helsinki Committee** unter Leitung von Krasimir Kanev tut sich neben klassischem Monitoring und Berichterstattung auch mit Gefängnisbesuchen und Streitführung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof hervor. **Animus Association** bietet psychologische Unterstützung für Opfer von Menschenhandel, häuslicher Gewalt und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt an. Sie betreibt eines der wenigen bulgarischen Frauenhäuser. Es wurde von der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mitfinanziert; ein weiteres soll bald entstehen. Zu den Vorbehaltsgründen gegen die Ratifizierung der Istanbul-Konvention führte die Direktorin Maria Chomarova aus, dass der „Gender“-Begriff der Konvention von vielen bulgarischen Politiker*innen unterschiedlicher Couleur abgelehnt wird. Aufgrund ihres Engagements wurde die NGO zuletzt mit einer Schmähekampagne inklusive Proteste vor den Büroräumen überzogen. Beim Treffen mit Maria Chomarova von **Tabitha Bulgaria Foundation** stand schließlich der Unterstützungsbedarf für soziale Einrichtung, besonders für Waisenhäuser im Fokus.

Ein Abendessen über den Dächern Sofias rundete den ersten Programtag ab. An diesen nahmen auch die bulgarische Journalist*innen Georgi Minev und Maria Stoykova teil, von deren Erfahrung und genauen Kenntnis der bulgarischen Politik und deren jüngster Entwicklung ich sehr profitierte.



Dienstag, 19. Juli

Am Folgetag fahren wir in die ca. 140 Kilometer von Sofia entfernte, ehemalige Kulturhauptstadt Plovdiv. Besonders interessierten mich die menschenrechtlichen Herausforderungen der Bewohner*innen des Stadtviertels **Stolipinovo**, der größten Rom*nja-Siedlung auf dem Balkan. Im Viertel angekommen, besuchte ich eine Näherei, die seit 2015 jungen Romn*ja eine sechsmonatige



Ausbildung anbietet und nach erfolgreichem Abschluss derselben eine Weiterbeschäftigung in lokalen Schneiderbetrieben vermittelt. 30 bis 40 % der Programmteilnehmer*innen finden so eine Arbeitsstelle, berichteten unsere Ansprechpartner*innen Vera Mihaylova und Reneta Veneva. Dies ist für die Selbstbestimmung der Frauen essentiell. Die deutsche Stiftung Liebenau hat das Projekt, das auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen ist, in der Vergangenheit unterstützt.

Stolipinovo ist Teil des Bezirks Ost von Plovdiv, in dem circa 60 000 Einwohner*innen gemeldet sind. Davon leben etwa die Hälfte in Stolipinovo, wobei die Zahlen, wie der **Stadtteilbürgermeister Ivan Stoyanov (GERB)** berichtete, schwanken. Die Angabe der ethnischen Zugehörigkeit bei Volkszählungen ist freiwillig. Einige der Bewohner*innen bezeichnen sich aufgrund des Stigmas nicht als Rom*nja, sondern als Türk*innen. Es sind muslimische, türkischsprachige Angehörige der Minderheit, die Tür an Tür mit christlichen, romanesssprachigen Rom*nja leben. Bei der Fahrt durch das belebte Viertel sieht man viele Händler*innen, die ihre Waren auf dem Basar feilbieten. Enge, halbkaputte Straßen, an deren Rändern sich Müllberge auftürmen, werden von Häusern in zum Teil desolatem Zustand gesäumt.

Der Stadtteilbürgermeister berichtete von seinem kommunalen Engagement zur Verbesserung der Situation. Dies besteht unter anderem in Initiativen zur Bildung in Schule und beruflicher Ausbildung sowie in kultureller Hinsicht. So besuchten Rom*nja gemeinsam mit Nicht-Rom*nja kulturelle Veranstaltungen außerhalb des Viertels. Bei diesen sollten auch die Sprachkompetenzen der Rom*nja im Bulgarischen gefördert werden. Bei den



weiteren Ausführungen stellte ich mit Bedauern fest, dass Herr Stoyanov und seine Mitarbeiter*innen die sozialen Probleme im Viertel einseitig den Rom*nja anlasteten. Dass die Wahlbeteiligung im Viertel sehr niedrig ist, interpretierten sie als fehlendes staatsbürgerliches Bewusstsein der Bewohner*innen. Sie warfen ihnen vor, ihre Situation auszunutzen, um Aufmerksamkeit vonseiten Menschenrechtsorganisationen zu generieren. Außerdem empfahl Stoyanov, das deutsche Kindergeld abzuschaffen, um den Missbrauch durch bulgarische Rom*nja zu verhindern. Nach Aussagen des Bürgermeisters, die ich nicht überprüfen konnte, sind ihm die Bewohner*innen für die Polizeieinsätze zur Durchsetzung der Corona-Regeln sowie Maßnahmen zur Desinfizierung des Viertels dankbar, weil er so die Mortalitätsrate niedrig hielt.

Im Austausch mit **Plovdivs stellvertretendem Bürgermeister** für Bildung und Wirtschaftsentwicklung, **Stefan Stoyanov (GERB)**, erfuhr ich mehr zum Wirtschaftsstandort Plovdiv, das sich in den letzten Jahren zum bulgarischen Industrieführer entwickelt hat und viele Investitionen auch aus Deutschland anzieht. Darüber hinaus bietet Plovdiv ein attraktives Hochschulwesen, Möglichkeiten zur dualen Ausbildung und Schulen mit Montessori-Konzept. Bei einem Stadtrundgang mitsamt Besuch der Großen Basilika lernte ich den kulturellen Reichtum der Stadt kennen.



Den ersten Teil meiner Reise beschloss ich bei einem gemeinsamen Abendessen mit dem deutschen Botschafter, der Unternehmerin **Milena Dragijska-Dencheva, CEO Lidl Bulgarien** (einzige weibliche CEO von Lidl in Europa), und dem **Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Jacques Paparo**. Dabei wurde die Bedeutung Bulgariens für die EU und die – hierzulande wenig wahrgenommenen – Potentiale und fortschrittlichen Entwicklungen, wie die hohe Quote von Frauen in Führungspositionen, hervorgehoben.

Mittwoch, 20. Juli

An diesem Tag trat ich die Weiterreise nach Bukarest an und wurde nach Ankunft von den Mitarbeiter*innen der dortigen Auslandsvertretung bei einem Arbeitsessen freundlich empfangen und zu den aktuellen Entwicklungen der Rechte von Frauen, Kindern und Angehörigen der Rom*nja unterrichtet.

Donnerstag, 21. Juli



Am nächsten Morgen fuhr ich zur **Sozialklinik „Baba Novac“**. In der Poliklinik werden Patient*innen behandelt, die sich einen Arztbesuch nicht leisten können. In Rumänien ist grundsätzlich jede*r Arbeitnehmer*in krankenversichert und hat so Anspruch auf die Leistungen des Gesundheitssystems. Dennoch kommt es vor, dass Personen keine Krankversicherung haben, unter anderem weil der Arbeitgeber nicht in die Krankenkasse eingezahlt hat, oder weil Frauen, die über ihren Ehepartner versichert waren, nach Verlust des Partners auch den Versicherungsschutz verlieren. Die wertvolle Arbeit der überwiegend ehrenamtlich tätigen Ärzt*innen umfasst aktuell auch die Versorgung von Geflüchteten. Das persönliche Engagement der Ärztinnen wie Dr. Williams begeisterte mich. Die Direktorin Cristiana Mateoiu würde sich über positiven Bericht über die Einrichtung in Deutschland und finanzielle Unterstützung freuen.

Im Anschluss lud die **Staatssekretärin Luminița Popescu** zum Gespräch in die Nationale Agentur für Gleichbehandlung von Frauen und Kindern, die im rumänischen Familienministerium angesiedelt ist. In ihrem Zuständigkeitsbereich liegt unter anderem die Durchsetzung der UN-Frauenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention. Sie verwies auf zwei wichtige gesetzliche Bestimmungen zum Schutz von Frauen vor (häuslicher) Gewalt in Rumänien: die Protection Provisional Order zum fünftägigen Akutschutz und die Protection Order, unter der die Opfer mindestens sechs Monate Unterstützung erfahren. Die Anwendungsfälle beliefen sich zuletzt auf 9000 bzw. 7000 Fälle – Tendenz steigend, was Frau Popescu für ein gutes Zeichen hält, weil mehr Frauen den Mut haben, die Fälle zu melden. Darüber hinaus berichtete Frau Popescu von Bemühungen zum Gendermainstreaming im öffentlichen und privaten Sektor, zur Verbesserung der sexuellen Aufklärung an Schulen und zur Erhöhung der Frauenquote im Parlament, die derzeit bei etwa 18 % liegt. Angesprochen auf die Hilfebedürftigkeit von Frauen im Alter, etwa bei der Gesundheitsversorgung, die Einrichtungen wie Baba Novac auffangen, zeigte sich die Staatsministerin reserviert.



In der Residenz des **deutschen Botschafters in Bukarest Dr. Peer Gebauer** erhielt ich neben einem informativen Briefing auch die Gelegenheit, die **Direktorin der EU-Abteilung im Rumänischen Außenministerium Mihaela Ștefan-Simion** und **Anca Dragu, Vorsitzende des Menschenrechteausschusses im Senat**, kennenzulernen. Wir tauschten Erfahrungen aus unserer parlamentarischen Menschenrechtsarbeit aus, an die in Zukunft weiter anknüpft werden soll.



Im Rumänischen Bildungsministerium suchte ich danach das Gespräch mit dem **Unterstaatssekretär Marian Daragiu** und dessen Kolleg*innen.



Ein großes Lob sprach man dort für die Unterstützung aus Deutschland für die deutsche Minderheit in Rumänien – unter anderem bei der Lehrer*innenausbildung – aus. Nach einigen allgemeinen Ausführungen zum rumänischen Bildungssystem rückte ich die Bildungssituation der Rom*nja in den Fokus. Die Bildungsangebote für Rom*nja zielen auf eine differenzierte Integration, insofern die Teilhabe an der Gesellschaft durch die Anerkennung der spezifischen Identität als Rom*nja ermöglicht werden soll.

So gibt es landesweit 632 Schulen, an denen Rom*nja ihre Muttersprache unterrichtet bekommen. Hinzu kommen – laut der jüngst verabschiedeten, bislang nur auf Rumänisch zugänglichen Nationalen Strategie – Initiativen zur Aufarbeitung der Geschichte erlittenen Unrechts und zur Erinnerungskultur. Welche menschenrechtliche Herausforderungen für Rom*nja in Rumänien indes weiter bestehen und in welchem Ausmaß, dies wurde vonseiten des Ministeriums nicht thematisiert. Das Ministerium sagte mir zu, offizielles statistisches Material im Nachgang zu übersenden. Außerdem soll Ende nächsten Jahres ein Regierungsbericht zum Ausmaß der Segregation erscheinen.

In Ergänzung zu dem Termin mit der Staatssekretärin Popescu besuchte ich an diesem Tag zuletzt ein Frauenhaus und nahm Erfahrungen der beiden **NGOs Filia** und **Sensiblu Foundation** zum Thema geschlechterspezifische Gewalt auf. Deren Leiterinnen Andreea Rusu und Cristina Horia interpretierten die steigenden Zahlen von Rechtsfällen ebenfalls als gutes Zeichen. Kritisch blickten sie die dagegen auf die von der Stadt bereitgestellten Zufluchtsorte. Das Personal dort sei nicht gut geschult, außerdem würden die Schutzbedürftigen nach zwei Monaten weggeschickt. Das erklärt, warum viele dieser Orte von Betroffenen erst gar nicht angelaufen werden; die leeren Zufluchtsorte sind insofern kein Indiz für niedrigen Bedarf.



Freitag, 22. Juli

Am Morgen des letzten Programmtags fand ich mich auf Einladung der deutschen Botschaft zu einem **Roundtable zum Thema Menschenhandel** gemeinsam mit zahlreichen NGO-Vertreter*innen ein (Mircea Mocanu von International Organization for Migration, Anca Bucur von SOLWODI Association, Corina Panaite von ADPARE, Loredana Urzica Mirea von e-Liberare, Daniela Drăghici von Sexul vs. Barza). Rumänien ist überwiegend ein Herkunftsland der Opfer des Menschenhandels. Deutschland, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich sind die wichtigsten Zielländer. Fortschritte bei der Bekämpfung von Menschenhandel sahen die NGOs beim angehobenen Strafmaß und bei der Opferidentifizierung. Die Finanzierung für die Hilfe leistenden NGOs sowie die Betreuung von minderjährigen Opfern habe sich dagegen verschlechtert. Dass Rumänien von der Tier2-Watchlist (US-amerikanisches Ranking von Staaten bezüglich der Einhaltung der rechtlichen Schutzstandards für Opfer von Menschenhandel) zuletzt heruntergenommen wurde, zeigt nach einhelliger Meinung der NGOs keine substanziellen Veränderungen an.



Beim anschließenden Besuch eines Sozialwohnheims von **CONCORDIA** lernte ich die vielfältigen Angebote zum Empowerment von sozial bedürftigen Kindern und Jugendlichen kennen; neben der Unterbringung und Betreuung fallen darunter etwa Jobcoachings und die Möglichkeit zur kreativen Arbeit in einem Atelier. Die NGO unterstützt auch geflüchtete Familien. Die Einrichtungsleiterin Diana Certan hält Initiativen für soziales Wohnen auf EU-Ebene und eine nationale Gesetzgebung bezüglich Aussetzung von Kindern (child abandonment) für notwendig.



In Mizil, ca. 80 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, stellten Anca Nica und Roxana Oprea von **E-Romnja** das Projekt „Sisterhood“ vor. In dem von der deutschen Botschaft geförderten Projekt wird Rom*nja-Mädchen im Alter zwischen 13 und 18 eine Mentor*in zur Seite gestellt, die sie für die Schule motiviert und auch in persönlichen Belangen ansprechbar ist. Die Mädchen waren selbst

anwesend und konnten mir von ihren Erfahrungen und Erfolgen aus erster Hand berichten – etwa vom bestandenen Führerschein oder der erfolgreichen Aufnahme in ein Austauschprogramm in Oxford. Es war beeindruckend zu hören, wie sehr die Mädchen von dem Projekt profitieren und wie viele gute Beispiele sie damit geben.



Am selben Tag reiste ich zurück nach Berlin, im Gepäck die vielen spannenden Eindrücke unserer europäischen Partner*innen vor Ort, die für meine parlamentarische Menschenrechtsarbeit von grundlegender Bedeutung sind. In den Gesprächen war die Begeisterung über das deutsche Interesse deutlich zu spüren. Ich erhielt mehrere Einladungen für erneute Treffen, die eine stabile Zusammenarbeit begründen können. Ein besonderer Dank für die tatkräftige organisatorische Unterstützung und die Begleitung meiner Termine gilt den Mitarbeiter*innen der deutschen Botschaft in Sofia Stephan Röken, Dimitar Stanishev, Heidi Czerwinski und Anna Balaktchieva sowie derjenigen in Bukarest Sonja Gebauer, Sandra Zipprich und Maria Teodorescu.

Beate Walter-Rosenheimer MdB